

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Patrick Döring, Hans-Michael Goldmann, Michael Kauch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/5612 –

Toxische Rückstände in Transport-Containern – Herausforderung für Arbeits- und Verbrauchersicherheit

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, den Zoll umgehend mit geeigneten mobilen Messgeräten auszustatten, um eine schnelle und sichere Überprüfung von Import-Containern zu ermöglichen; sich auf europäischer Ebene für konsequenter Kontrollen sowie für schärfere Sanktionen für nicht entsprechend den IMDG-Vorschriften gekennzeichnete begaste Container einzusetzen; in Zusammenarbeit mit den Ländern sowie betroffenen Unternehmen, Verbänden und Institutionen die Funktionalität der überarbeiteten TRGS 512 zu evaluieren und dem Deutschen Bundestag über das Ergebnis zu berichten; Verfahren zu prüfen, um verantwortungsbewusste Unternehmen von aufwändigen Vorsichtsmaßnahmen zu entlasten (z. B. durch freiwillige Unternehmenszertifizierungen oder die Möglichkeit einer freiwilligen Kennzeichnung nichtintoxinierter Container); Untersuchungen anzustellen, ob und inwieweit sensible Verbrauchsgüter durch toxische Rückstände belastet sind, und gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den Ländern Konzepte zu entwickeln, um die Belastung sensibler Verbrauchsgüter möglichst frühzeitig zu erkennen bzw. die Ursachen für gesundheitsschädliche Belastungen zu bekämpfen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/5612 abzulehnen.

Berlin, den 10. Oktober 2007

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Klaus W. Lippold
Vorsitzender

Dr. Margrit Wetzel
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Margrit Wetzel

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/5612** in seiner 108. Sitzung am 5. Juli 2007 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Gesundheit und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet vor allem die Forderung, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, den Zoll umgehend mit geeigneten mobilen Messgeräten auszustatten, um eine schnelle und sichere Überprüfung von Import-Containern zu ermöglichen; sich auf europäischer Ebene für konsequentere Kontrollen sowie für schärfere Sanktionen für nicht entsprechend den IMDG-Vorschriften gekennzeichnete begaste Container einzusetzen; in Zusammenarbeit mit den Ländern sowie betroffenen Unternehmen, Verbänden und Institutionen die Funktionalität der überarbeiteten TRGS 512 zu evaluieren und dem Deutschen Bundestag über das Ergebnis zu berichten; Verfahren zu prüfen, um verantwortungsbewusste Unternehmen von aufwändigen Vorsichtsmaßnahmen zu entlasten (z. B. durch freiwillige Unternehmenszertifizierungen oder die Möglichkeit einer freiwilligen Kennzeichnung nichtintoxinierter Container); Untersuchungen anzustellen, ob und inwieweit sensible Verbrauchsgüter durch toxische Rückstände belastet sind, und gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den Ländern Konzepte zu entwickeln, um die Belastung sensibler Verbrauchsgüter möglichst frühzeitig zu erkennen bzw. die Ursachen für gesundheitsschädliche Belastungen zu bekämpfen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 16/5612 in seiner 43. Sitzung am 19. September 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag in seiner 54. Sitzung am 10. Oktober 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmhaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag in seiner 58. Sitzung am 19. September 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag in seiner 61. Sitzung am 19. September 2007 beraten und empfiehlt

mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmhaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 46. Sitzung am 10. Oktober 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat den Antrag in seiner 46. Sitzung am 10. Oktober 2007 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellte fest, der Umgang mit toxischen Stoffen bedürfe größter Aufmerksamkeit. Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sei im vorliegenden Fall aber nur am Rande berührt. Es gehe vor allem um Arbeits- und Gesundheitsschutz. Zumindest für den Verkehrsbereich würden die Kontrollen koordiniert; bei Problemen stimme man sich kurzfristig ab und Gefährdungshinweise seien beim Transport sichergestellt. Man sehe daher keinen zwingenden weiteren Handlungsbedarf, müsse das Thema aber im Blick behalten.

Die **Fraktion der SPD** wies darauf hin, dass der Antrag die Zuständigkeit des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung nur am Rande berühre. Die Behandlung der Transport-Container beruhe auf internationalen Regelungen und das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung dränge sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene auf eine hohe Kontrollintensität. Für die Kontrollen seien vor allem die Länder zuständig. Der Antrag sei überflüssig, da die aufgeworfenen Fragen bereits durch die Bundesregierung im Rahmen der Antwort auf eine Kleine Anfrage beantwortet worden seien.

Die **Fraktion der FDP** bemerkte, die Antwort der Bundesregierung auf ihre Kleine Anfrage sei unbefriedigend. Bei dem Thema gehe es um eine Folge der Globalisierung, so dass es auch auf Bundesebene zu diskutieren sei. Der Antrag fordere auch keinen umfassenden Handlungsrahmen, sondern er fordere dazu auf, sich der Problematik anzunehmen. Die Ablehnung des Antrags durch die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD stütze sich fast ausschließlich auf formelle Argumente. Es gehe aber um die Frage, wie man als Bundesgesetzgeber inhaltlich mit Missständen umgehe, welche sich als Folge der Globalisierung in deutschen Seehäfen ergäben.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erklärte, sie werde den Antrag ablehnen, da die Antragsteller zwar das Problem erkennen würden, die vorgeschlagenen Maßnahmen aber nicht ausreichend seien. Man halte ein generelles Anwendungsverbot von toxischen Stoffen für die Begasung von nach Deutschland eingeführten Gütern des täglichen Bedarfs für sehr viel effektiver. Die von den Antragstellern vorgeschlagene freiwillige Regelung erschwere die Kontrollen. Es müsse auch

klar sein, welcher Stoff angewandt werden dürfe und welcher nicht.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** kritisierte, dass die Argumentation von den Koalitionsfraktionen nicht auf der inhaltlichen Ebene geführt werde. Der Antrag greife Punkte auf, bei denen dringender Handlungsbedarf bestehe. Man würde dem Antrag auch zustimmen, wenn darin nicht für die FDP typische Aussagen, wie etwa zum Bürokratieabbau im Umweltbereich, enthalten wären. Gerade die hier erörterte Thematik zeige die Notwendigkeit einer gut funktionierenden Bürokratie im Umweltbereich. Daher enthalte man sich.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 16/5612 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Berlin, den 10. Oktober 2007

Dr. Margrit Wetzel
Berichterstatlerin